

Bezirkstag Pfalz



Infobrief

Rundbrief Nr. 3/ Mai 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

im heutigen Rundbrief findet ihr Informationen zur aktuellen politischen Arbeit im Bezirkstag sowie meine Pressemitteilungen seit März 2015. Weitere Informationen auf www.die-linke-bezirkstagpfalz.de.

Informationsveranstaltung zum Pfalzkllinikum Klingenmünster. Am 18 Juni 2015 wird in Pirmasens unter dem Titel „Risiko-Patient Gesundheitsvorsorge“ eine Informationsveranstaltung zum Pfalzkllinikum stattfinden. Als Referentin konnten wir die gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion Hessen, Marjana Schott, gewinnen. Einleitend wird Brigitte Freihold die Struktur und Problemstellungen der psychiatrischen Landeslinik in Klingenmünster darstellen. Im Mittelpunkt stehen die medizinische und pflegerische Versorgung der Patienten, aber auch die angespannte Finanzsituation, die geplanten Bauvorhaben und die Regionalisierung des medizinischen Angebots der Pfalzlinik. Marjana Schott wird im Hauptreferat auf die Chancen und Risiken der Gesundheitsvorsorge in diesem Bereich eingehen und die Lösungsvorschläge der LINKEN darlegen.

18. Juni 2016, Pirmasens

„Risiko-Patient Gesundheitsvorsorge“
Informationsveranstaltung zum Pfalzkllinikum Klingenmünster
19 Uhr, „Kuchems Brauhaus“, Hauptstr.13

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen

Organigramm des Pfalzklinikums. Nachfolgend als Einstieg in das Thema eine Übersicht des Pfalzklinikums Klingenmünster mit seinen Fach- und Tageskliniken in der Pfalz. Träger der Landeslinik für Psychiatrie ist der Bezirksverband Pfalz.

Rückblick Bundestagswahl 2013. Anlässlich der Bundestagswahl 2013 habe ich die Wahlprüfsteine des „Bundesverbandes der Psychiatrieerfahrenen e.V.“ beantwortet. Die damaligen Fragestellungen haben von ihrer Brisanz nichts verloren und die angesprochenen Themen werden auch Gegenstand der Veranstaltung am 18. Juni 2015 sein.

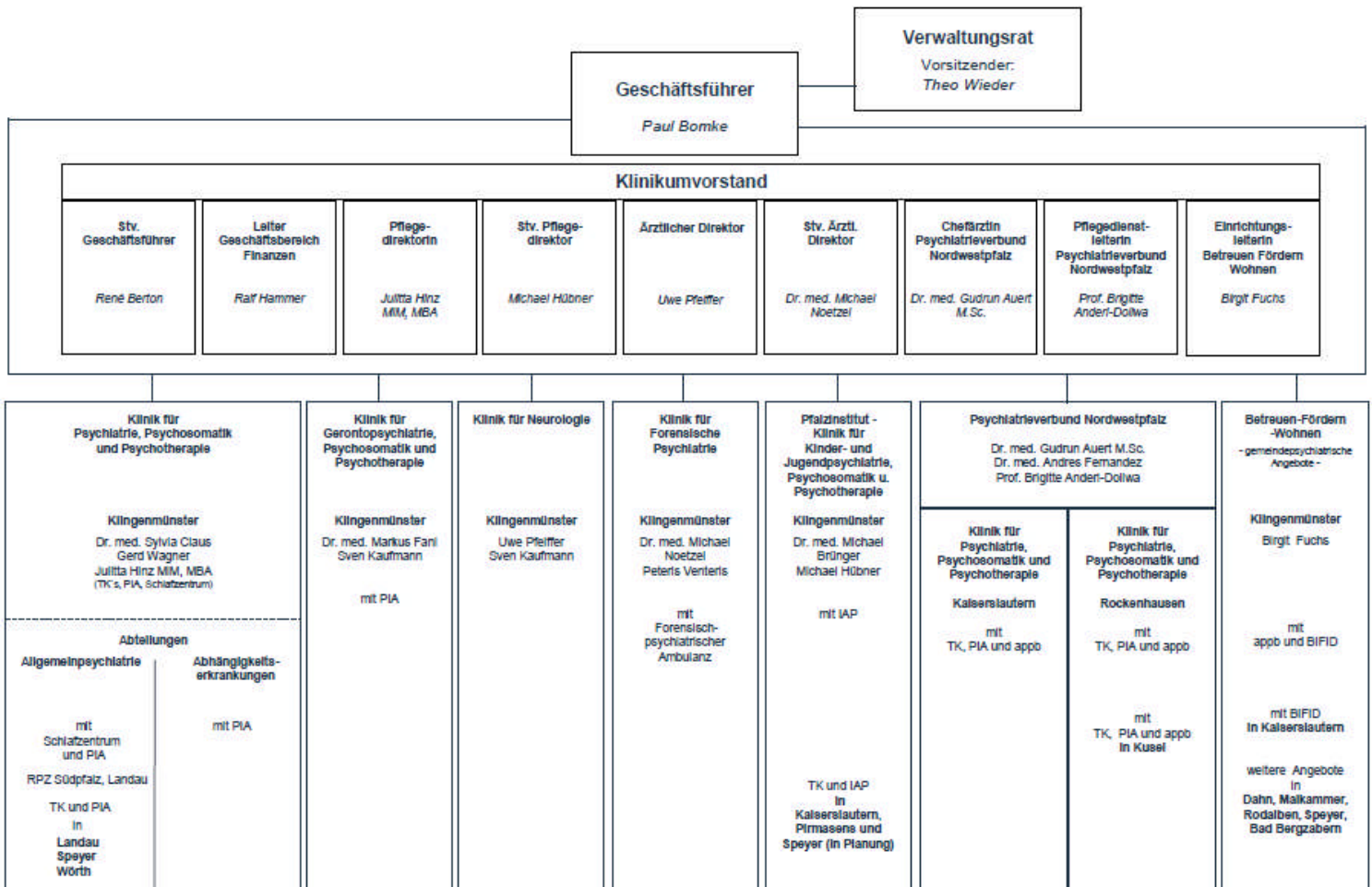
Die nächsten Termine im Bezirkstag. Wie immer am Schluss des Rundbriefes die nächsten Termine im Bezirkstag Pfalz und seinen Ausschüssen.

Mit solidarischen Grüßen

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag

Einrichtungen des Pfalzlinikums

Einrichtungen des Pfalzlinikums (AdÖR)



TK/Tagesklinik, PIA/Psych. Institutsambulanz, RPZ/Regionales Psychosomatisches Zentrum, IAP/Institutsambulanz Pfalznetztut, appb/ambulante psychiatrische pflege & betreuung, BIFID/Berufliche Rehabilitation & Integration

Bundesverband der Psychiatrieerfahrenen e.V.

Frage 1: Setzen Sie sich für eine bedingungslos folter- und gewaltfreie Psychiatrie ein?

Ja. DIE LINKE hat als erste im Bundestag vertretene Partei die Abschaffung psychiatrischer Gewalt in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Die rechtliche Diskriminierung, insbesondere über psychiatrische Sondergesetze und ärztliche oder betreuungsrechtliche Zwangsbefugnisse, ist sofort aufzuheben. Die allgemeinen Menschenrechte gelten auch in der Psychiatrie und für die Patientinnen und Patienten, die sich einer psychiatrischen Behandlung anvertrauen. Das Grundgesetz in Artikel 1 Satz 2 ist in den Psychiatrien zu gewährleisten und die systematische Folterung durch Zwangsbehandlung dort sofort zu beenden. Eine Anfrage der Linksfraktion aus dem Jahr 2012 (Drucksache 17/10712) hat ergeben, dass der Bundesregierung keinerlei valide Daten über den personenbezogenen Nutzen von Zwangsbehandlungen vorliegen und damit der Willkür Tür und Tor geöffnet sind. Dies bestätigen auch die Einzelheiten aus der Antwort der Bundesregierung: So wurden in Bayern 11mal häufiger Menschen zwangsweise nach § 1906 BGB untergebracht als in beispielsweise in Thüringen, ohne dass die Bundesregierung dafür eine Erklärung anbieten konnte.

Frage 2: Setzen Sie sich für eine Abschaffung aller psychiatrischen Sondergesetze ein, wie es die Behindertenrechtskonvention fordert?

Ja. Bei psychiatrischen Zwangsbehandlungen werden Psychopharmaka – meist Neuroleptika – gewaltsam verabreicht, in dem man Menschen mit brachialer Gewalt ans Bett fesselt und ihnen Nervengifte mit grausamen Nebenwirkungen spritzt oder die Betroffenen werden unter Androhung einer gewaltsamen Verabreichung dazu genötigt, diese Psychodrogen einzunehmen. Diese menschenverachtenden Behandlungsmethoden wurden durch eine Reihe von Sondergesetzen ermöglicht, die unter Umgehung der bereits ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet wurden. Diese Sondergesetze sind aufzuheben.

Frage 3: Verhindern Sie jeden Versuch, rechtliche Betreuung zu einem Ausbildungsberuf zu machen, weil Qualität nur durch Abschaffung der Zwangsbetreuung gesichert werden kann?

Diese Frage muss differenziert betrachtet werden. DIE LINKE ist der Auffassung, dass Menschen mit den unterschiedlichsten Beeinträchtigungen und chronischen Erkrankungen einen Anspruch auf volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Dieses Recht ist in der rechtsverbindlichen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) u.a. in Artikel 19 – „Selbstbestimmt Leben und Einbeziehung in die Gemeinschaft“ - festgeschrieben. Wir fordern einkommens- und vermögensunabhängige Teilhabeleistungen, in deren Zentrum bedarfsgerechte, persönliche Assistenz in allen Lebenslagen und -phasen sowie gesellschaftlichen Bereichen stehen sollte. Ebenfalls bedarf es des Aufbaus beitragsfreier, unabhängiger und wohnortnaher Beratungsstrukturen – am besten im Sinne eines Peer Counseling (Betroffene beraten Betroffene) und deren institutioneller Förderung aus Bundesmitteln. Diese Ansprüche sollten im Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) verankert werden (s. Bundestagsdrucksache 17/7889). Ein großer Teil der Menschen, die unter Betreuung stehen, wären aus Sicht der LINKEN in der Lage, wenn sie die oben beschriebene persönliche Assistenz und unabhängige Beratung in Anspruch nehmen könnten, ihr Leben selbstbestimmt zu organisieren. Selbstverständlich wird es immer Menschen geben, die Betreuerinnen und Betreuer benötigen, um ihre Angelegenheiten zu regeln.

Momentan kann so gut wie jede Person per Gerichtsbeschluss zu einer Betreuerin oder einem Betreuer werden, unabhängig von ihrer/seiner fachlichen oder persönlichen Qualifikation. Es gibt lediglich rechtliche Ausschlussgründe, die bei weitem nicht das Spektrum möglicher Ausschlussgründe wegen fehlender Eignung aus den unterschiedlichsten Gründen abdecken. DIE LINKE fordert deshalb eine Professionalisierung des Betreuerberufs mit dem Nachweis entsprechender Qualifikationen. Es könnte analog zur Forderung nach der Entwicklung eines Berufsbildes Assistenz im Antrag für ein Teilhabesicherungsgesetz (Drucksache 17/7889) auch im Rahmen der notwendigen Umgestaltung des Betreuungsrechts ein Berufsbild Betreuung nach bundesweit einheitlichen Standards – mit Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten - entwickelt werden.

Eine fachliche Qualifikation und Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Berufsbetreuer legitimieren selbstverständlich NICHT die Durchführung von Zwangsbehandlungen oder Zwangsbetreuungen etwa nach dem Motto, solange ausgebildete Fachkräfte am Werk sind, können Menschenrechte oder UN-Konventionen außer Kraft gesetzt werden. Dies möchte ich deutlich unterstreichen.

Frage 4: Setzen Sie sich für eine Todesfallstatistik aller psychiatrisch Behandelten ein?

Ja. Gerade die bereits in der Antwort zu Frage 1 erwähnte Anfrage der Linksfraktion im deutschen Bundestag hat offenbart, dass es nahezu in keinem Bereich der Psychiatrie verlässliche und belastbare Daten gibt, die eine fachliche oder politische Beurteilung erlauben würden. Insbesondere die politischen Entscheidungsträger stochern im Nebel und verlassen sich allzu oft auf fragwürdige Expertisen, die nur selten nicht interessengeleitet sind. Dies betrifft insbesondere auch die Aufklärung fragwürdiger Todesumstände oder die hohe Anzahl von Todesfällen, die aktenkundig und vordergründig vermeintlich nicht in einem Zusammenhang mit einer psychiatrischen Behandlung stehen. Hier ist wesentlich mehr Transparenz und öffentlich-rechtliche Kontrolle gefordert. Dazu kann eine wahrheitsgemäße Todesfallstatistik nur hilfreich sein.

Frage 5: Setzen Sie sich für mehr Geld für die Selbsthilfe Psychiatrie-Erfahrener ein?

Ja. Wie bereits in der Antwort auf Frage 3 geschildert setzt DIE LINKE auf Hilfe zur Selbsthilfe und unabhängige Beratungsstrukturen, die am besten in Eigenregie der Betroffenen geführt werden. Diese Konzepte lassen sich natürlich nur mit entsprechender finanzieller Ausstattung verwirklichen und müssen daher eine bedarfsorientierte staatliche Förderung erhalten ohne damit zu einer staatlich kontrollierten Einrichtung zu werden.

Brigitte Freihold, anlässlich Bundestagswahl 2013

Pressemitteilungen März – Mai 2015

Pressemitteilung 25. März 2015

Trägerschaft für Naturpark Pfälzerwald mit Leben füllen

DIE LINKE im Bezirkstag: Grünen-Antrag wurde nicht abgestimmt

In der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für das Biosphärenreservat Naturpark Pfälzerwald wurde über die Trägerschaft des Bezirksverbandes beraten. Auf der Tagesordnung standen ein Positionspapier des Bezirksverbandes sowie ein entsprechender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dazu erklärt Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag: „Sowohl das Positionspapier des Bezirksverbandes als auch der mit „Agenda für den Pfälzerwald“ überschriebene Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellen die kommerzielle Nutzung des Naturparks für den Tourismus in den Vordergrund. Weitergehender war der Antrag der Grünen, der einige kritische Punkte anschnitt, z.B. die immer noch fehlende Ausschreibung für die Stelle des Geschäftsstellenleiters oder die Erstellung eines Handlungsprogramms für Naturschutzmaßnahmen. Im Mittelpunkt des Grünen-Antrags stand die Einberufung einer Pfalzkonferenz zur Entwicklung des Biosphärenreservats. Dies wäre ein wichtiger Schritt gewesen, um alle Akteure zu beteiligen und die Trägerschaft des Bezirksverbandes mit Leben zu erfüllen. Leider wurde dieser Antrag nur zur Kenntnis genommen, aber nicht abgestimmt. Dadurch wurde die Chance versäumt, konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen.“

In beiden Papieren fehlt eine kritische Auseinandersetzung mit negativen Entwicklungen. Wichtig wäre eine Bestandsaufnahme, die bilanziert, wo sich menschliche Nutzung und Schutzbedürfnis der Biosphäre nicht im Einklang befinden. In den letzten Monaten wurde in dieser Hinsicht lediglich die Windkraftnutzung thematisiert, während Klimaschutz, Versiegelung von Flächen oder Straßenbau so gut wie keine Rolle spielten. Ein Masterplan für Klimaschutz muss erstellt werden und neben den einschlägigen Zielen auch Kennzahlen darüber enthalten, welche Auswirkungen der bereits stattfindende Klimawandel auf das Biosphärenreservat hat. Nur so kann das notwendige Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass der Status Biosphärenreservat ohne den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien mindestens genauso gefährdet ist wie durch das Aufstellen von Windrädern. Eine Intensivierung der Erhaltungsmaßnahmen für Offenlandbiotope ist ohne Zweifel richtig. Aber in welchem Zustand befinden sie sich? Wie sahen ihre Entwicklung und ihr Zustand in den vergangenen Jahren aus? Wie wird sich ihr Zustand unter Berücksichtigung unterschiedlicher Szenarien weiter entwickeln? Hier fehlen die Daten, um weitere Naturschutzmaßnahmen sinnvoll und konkret planen zu können.

Von ausschlagender Bedeutung ist eine Bestandsaufnahme des Tourismus und seiner Auswirkungen auf die Biosphäre. Nicht jedes als nachhaltiger Tourismus deklariertes Projekt erfüllt den damit verbundenen hohen Anspruch. Vielmehr ist augenscheinlich, dass sich das Prädikat „sanfter Tourismus“ mehr und mehr zur Marke und damit zur Marketingstrategie entwickelt, um Profite zu erwirtschaften. In wieweit die inflationäre Verwendung des Begriffs „sanfter Tourismus“ im Einklang mit dem Schutzbedürfnis der Biosphäre steht, ist zweifelhaft. Die Bündelung von Strategien „im Sinne“ eines nachhaltigen Tourismus ist deshalb zu schwach und zu unkonkret. Der Bezirkstag muss als Träger des Naturparks Pfälzerwald klare Vorgaben machen und Kriterien entwickeln, was sanfter Tourismus im Einklang mit dem Schutzbedürfnis und dem Schutzzweck des Biosphärenreservats im Einzelnen

bedeutet. Dazu sollte selbstverständlich wissenschaftlicher Sachverstand hinzugezogen und die verantwortlichen Akteure beteiligt werden.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag

Pressemitteilung 14. April 2015

Klares Nein zu TTIP statt EU-Resolution

DIE LINKE im Bezirkstag: Kulturelle Vielfalt Europas steht auf dem Spiel

Am kommenden Donnerstag will der Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments einen Maßnahmenkatalog abstimmen, der die Auswirkungen des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP auf den Kulturbereich abmildern soll. Das erklärte Ziel des Kulturausschusses sowie der übrigen Parlamentsausschüsse ist, eine möglichst breite Zustimmung des EU-Parlaments für TTIP zu ermöglichen.

Dazu erklärt Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: „Neben dem Kulturausschuss des EU-Parlaments befassen sich auch die anderen Ausschüsse mit Maßnahmen, die die bisher bekannten Negativauswirkungen des Freihandelsabkommens abschwächen sollen. Im Kulturbereich geht es insbesondere um die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen zukünftig Kulturförderung stattfinden kann. TTIP gefährdet die bestehenden Systeme öffentlicher Förderung und sozialer Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern ebenso wie den gesamten deutschen Kulturbetrieb. Mit Hilfe des Freihandelsabkommens könnte die finanzielle Förderung der Kultur als wettbewerbsverzerrende Staatshilfe eingestuft werden. Damit stehen alle kulturellen Einrichtungen auf dem Spiel. Es wurde zwar ausdrücklich festgehalten, dass das Abkommen keine Regelungen enthalten darf, die die kulturelle Vielfalt der Mitgliedsstaaten beeinträchtigen könnten. Die offene Frage ist aber, inwieweit diese Konvention eine rechtliche Schutzfunktion im Hinblick auf die Vereinbarungen erfüllen kann, zumal die USA die Konvention weder unterzeichnet noch ratifiziert hat. Neben der Kulturförderung insgesamt stehen auch die Buchpreisbindung und die Filmförderung zur Disposition.“

Mit TTIP steht somit die kulturelle Vielfalt Europas insgesamt auf dem Spiel. DIE LINKE bleibt daher bei ihrem klaren Nein zu TTIP und fordert den Ausstieg aus den Verhandlungen. Die vom EU-Parlament und seinen Ausschüssen auf den Weg gebrachte Resolution kann einen von Grund auf undemokratischen und von Profitinteressen geprägten Prozess nicht heilen oder die negativen Folgen für Kunst und Kultur tatsächlich abwenden. Der Bezirksverband Pfalz als wichtigster öffentlicher Träger von Kultureinrichtungen in der Pfalz muss sich in enger Abstimmung mit den Kommunen zu dem mit TTIP verbundenen Anschlag auf die kulturelle Vielfalt verhalten und ein klares Stopp-Zeichen setzen: Im Interesse der pfälzischen Kultureinrichtungen und der wichtigen Funktion, die sie für eine aufgeklärte, demokratische Gesellschaft erfüllen. Das pfälzische Parlament ist in seinen Entscheidungen und Meinungsäußerungen souverän. DIE LINKE wird das Thema TTIP nochmals auf die Tagesordnung des Bezirkstages bringen. Die Einlassung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, Kommunen dürften sich nicht mit TTIP befassen, ist interessengesteuert und entfaltet keine bindende Wirkung. DIE LINKE im Bezirkstag sieht sich dabei ganz in der Tradition der pfälzischen Demokratiebewegung: Die Initiatoren des Hambacher Festes von 1832 haben sich von der Repression der Reaktion nicht beeindruckt lassen.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Kommunal- und Verwaltungsreform aus einem Guss

DIE LINKE im Bezirkstag: Widerstand gegen Zwangsfusionen wächst – Schlechtes Zeugnis für gescheiterte Bürgerbeteiligung

Was als große Kommunalreform und als Beispiel gelebter Demokratie und Bürgerbeteiligung geplant war, beschäftigt nun die Gerichte und den Verfassungsgerichtshof. Landesweit klagen sieben Gebietskörperschaften gegen die Zwangsfusion ihrer Gemeinden, drei davon in der Pfalz.

Dazu erklärt Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: „Der Widerstand gegen die Zwangsfusion von Verbandsgemeinden in der Pfalz wächst. Man kann den Neuzuschnitt von Kommunalgebieten und Verwaltungseinheiten nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen. Die Landesregierung hat die Einbeziehung möglichst vieler betroffener Einwohnerinnen und Einwohner in einen echten, mitbestimmten Entscheidungsprozess zwar lautstark angekündigt, dann aber aus Angst vor unerwünschtem Bürgerwillen doch verhindert. Die anfänglich mitwirkungsbereiten Bürgerinnen und Bürgern haben sich daraufhin immer mehr zurückgezogen und die notwendige Akzeptanz ist nicht zustande gekommen. Dass sich nun Gerichte und der Verfassungsgerichtshof mit den von der Landesregierung instinktlos durchgezogenen Zwangsfusionen beschäftigen müssen, ist ein Armutszeugnis für eine Landesregierung, die sich Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie auf die Fahnen geschrieben hat. Hinzu kommt, dass die geplanten Neuzuschnitte und Fusionen überwiegend an den Interessen der Wirtschaft und an neoliberalen Einsparideen der Landesregierung orientiert waren und dabei die „auf dem Land“ besonders wichtigen kulturellen, kommunikativen, und sozialen Zusammenhänge ignoriert worden sind.“

DIE LINKE hält daran fest, dass kommunale Gebietsveränderungen stets im Rahmen eines Gesamtkonzeptes und unter intensiver Einbeziehung aller betroffenen Gebietskörperschaften und Bewohner zu diskutieren sind. Es darf keine vorherige Festlegung der Ergebnisse geben. Eine für möglichst viele akzeptable kommunale Gebiets- und Verwaltungsreform muss in Grundzügen und Details für die Betroffenen transparent und akzeptabel sein und aus einem Guss erfolgen. Neue Kreis- und Verbandsgemeindegrenzen ändern nichts an der chronischen Finanznot unserer Kommunen. Die Notwendigkeit veränderter Gebietszuschnitte bemisst DIE LINKE allein daran, ob die davon unmittelbar Betroffenen darin eine Stärkung ihrer bürgerschaftlichen Mitentscheidungsmöglichkeiten erkennen können.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

Die nächsten Sitzungstermine im Bezirksverband

22. Mai 2015: Beirat für Gedenkarbeit

29. Mai 2015: Bezirksausschuss

01. Juni 2015: Rechnungsprüfungsausschuss

08. Juni 2015: Werksausschuss LUFA

12. Juni 2015: Ausschuss Naturpark Pfälzerwald

15. Juni 2015: Kulturausschuss

19. Juni 2015: Sitzung des Bezirkstages Pfalz

DIE LINKE.
im Bezirkstag Pfalz